

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 12. Juni 1991

am Donnerstag, dem 13. Juni 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	71	Paterna, Peter (SPD)	74, 75
Braband, Jutta (PDS/Linke Liste)	84, 85	Dr. Pfaff, Martin (SPD)	59, 60
Eichhorn, Maria (CDU/CSU)	77, 78	Reuter, Bernd (SPD)	79, 80
Erler, Gernot (SPD)	38, 39	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	1
van Essen, Jörg (FDP)	13, 14	Schäfer, Harald B. (Offenburg) (SPD)	50, 51
Fuchs, Katrin (Verl) (SPD)	93, 94	Dr. Scheer, Hermann (SPD)	46, 96
Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret (FDP)	17, 37	Schily, Otto (SPD)	31, 83
Hämmerle, Gerlinde (SPD)	3, 4	Schlöten, Dieter (SPD)	35, 36
Harries, Klaus (CDU/CSU)	34, 81	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	63, 64
Dr. Hartenstein, Liesel (SPD)	88, 89	Schmidt-Zadel, Regina (SPD)	61, 62
Helmrich, Herbert (CDU/CSU)	72, 73	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	18, 19
Dr. Hirsch, Burkhard (FDP)	5, 6	Schreiner, Ottmar (SPD)	29, 30
Jäger, Claus (CDU/CSU)	7, 8	Schwanitz, Rolf (SPD)	10, 32
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	33	Sielaß, Horst (SPD)	92
Jungmann, Horst (Wittmoldt) (SPD)	40, 41	Steinbach-Hermann, Erika (CDU/CSU)	9
Kastner, Susanne (SPD)	20, 21	Stiegler, Ludwig (SPD)	25, 26
Kirschner, Klaus (SPD)	55, 56	Stockhausen, Karl (CDU/CSU)	16, 76
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	57, 58	Tappe, Joachim (SPD)	65, 66
Kolbow, Walter (SPD)	47, 48	Tillmann, Ferdi (CDU/CSU)	22, 23
Lowack, Ortwin (fraktionslos)	90, 91	Voigt, Karsten D. (Frankfurt) (SPD)	44, 45
Mehl, Ulrike (SPD)	2, 82	Walz, Ingrid (FDP)	67, 68
Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	11, 12	Weiß, Konrad (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86, 87
Mosdorf, Siegmund (SPD)	49	Wittmann, Simon (Tännenberg) (CDU/CSU)	24
Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	52	Wohlleben, Verena (SPD)	69, 70
Opel, Manfred (SPD)	15, 95	Würfel, Uta (FDP)	53, 54
Ostertag, Adolf (SPD)	27, 28	Zapf, Uta (SPD)	42, 43

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	16
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	17

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

1. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den drohenden Zusammenbrüchen und Arbeitsverlusten im Arbeitsamtsbezirk Passau (Roederstein, Optyl, Bundeswehr) entgegenzuwirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

2. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Bundesregierung den von der EG-Kommission im Juni 1990 vorgelegten Vorschlag des Projektes MIRIAM (Vorschlag für einen Beschluß des Rates über die Einrichtung eines Netzes von Informationszentren für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes und der Agrarmärkte) abgelehnt hat, wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren

3. Abgeordnete
**Gerlinde
Hämmerle**
(SPD)
- Wie wird bei der Förderung von Schwangerschaftsberatungsstellen in den fünf neuen Bundesländern sichergestellt, daß die Räumlichkeiten funktionsgerecht ausgestattet werden können, d. h. mit den erforderlichen Einrichtungsgegenständen in nötigenfalls zu renovierenden Räumen und mit dem für Anmeldung, Empfang, Schreib- und Verwaltungsarbeiten benötigten Personal?
4. Abgeordnete
**Gerlinde
Hämmerle**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die von fachlicher Seite wiederholt vorgebrachte Kritik an den Förderrichtlinien und an der Auslegung von Artikel 31 Abs. 4 des Einigungsvertrages durch das Bundesministerium für Familie und Senioren zu berücksichtigen, insbesondere soweit sich die Kritik auf die Ablehnung der Förderung von umfassender Familienplanungsberatung einschließlich ärztlicher Hilfe bei der Wahl der individuell geeigneten Methode der Schwangerschaftsverhütung richtet?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(FDP) | Aus oder in welchen Staaten sind Polizeibeamte von der Grenzschutzgruppe 9 des Bundesgrenzschutzes seit 1980 und in welchen Fähigkeiten ausgebildet worden? |
| 6. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(FDP) | In welchen Staaten haben in diesem Zeitraum Beamte der Grenzschutzgruppe 9 Polizeibeamte oder andere Sicherheitskräfte ausgebildet, ggf. im Rahmen von Sonderverträgen oder während einer Beurlaubung? |
| 7. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU) | Bis wann rechnet die Bundesregierung mit einer Vorlage der EG-Kommission in Brüssel für eine Richtlinie bzw. Verordnung über das Ausländerrecht in der Gemeinschaft, und hat sich die Bundesregierung durch eigene Vorschläge in die vorbereitenden Arbeiten der Kommission eingeschaltet? |
| 8. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU) | Wird nach den Erkenntnissen der Bundesregierung ein für die Europäische Gemeinschaft zu erlassendes europäisches Ausländergesetz auch Bestimmungen über die Aufnahme politischer Flüchtlinge und über Asylgewährung enthalten, die einheitliches Recht in der ganzen Gemeinschaft schaffen? |
| 9. Abgeordnete
Erika Steinbach-Hermann
(CDU/CSU) | In welchem Umfang kommen die Bundesländer ihrer Verpflichtung nach, insbesondere straffällig gewordene Ausländer entweder sofort oder nach Verbüßung der jeweiligen Haftstrafe gemäß der Ausländergesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland auszuweisen bzw. abzuschieben? |
| 10. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD) | Was ist dem Bundesminister des Innern bekannt über die Unterstellung und Nutzung der ehemaligen Ausweichführungsstelle (Bunker) auf dem Gebiet der ehemaligen Waldsiedlung Wandlitz und die seitens der Bevölkerung bis zum November 1990 gesammelten Hinweise für ein weiteres Betreiben des Bunkers, und inwieweit wurde gegebenenfalls zum Zwecke einer weiteren Nutzung Personal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR durch das Bundesministerium des Innern übernommen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|--|
| 11. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD) | Was meint die Bundesregierung zu dem zuletzt im Rahmen der Strafrechtslehrtagung 1991 in Bochum gemachten Vorschlag, die europäische Rechtsangleichung auf dem Gebiet des Strafrechts durch ein europäisches Musterstrafgesetzbuch zu fördern? |
|---|--|

- | | |
|--|--|
| 12. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD) | Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, in dieser Richtung über den Europarat initiativ zu werden? |
| 13. Abgeordneter
Jörg van Essen
(FDP) | Wie hat sich die Zahl der Telefonüberwachungen nach § 100 a StPO im Jahre 1990 im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt? |
| 14. Abgeordneter
Jörg van Essen
(FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung den erneuten Anstieg dieser Maßnahmen, und sieht sie Anlaß zu gesetzgeberischen Aktivitäten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordneter
Manfred Opel
(SPD) | Weshalb hat die Bundesregierung bisher steuerliche Anreize zur Anschaffung und zum Betrieb von Elektrofahrzeugen sowie von Solarmobilen nicht geschaffen? |
| 16. Abgeordneter
Karl Stockhausen
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich eine gemischte Kommission aus Fachleuten des Bundes und der UdSSR zu bilden, um nach dem Abzug der Westgruppe der Roten Armee in den fünf neuen Bundesländern die erforderlichen Ermittlungen des Wertes der Einrichtungen (in einer Größenordnung von 10 Milliarden DM) und des verursachten Schadens im Umweltbereich anzustellen, ohne zu weiteren strittigen Fragen einen Anlaß zu bieten? |
| 17. Abgeordnete
Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
(FDP) | Hält die Bundesregierung wie Länder und Gemeinden im Veräußerungsfall an Kommunen für Zwecke des sozialen oder des studentischen Wohnungsbaus einen über 15 % hinausgehenden Preisnachlaß für erforderlich, und sollte dies nicht der Fall sein, wie gedenkt die Bundesregierung Vorwürfen zu begegnen, „gemeindeunfreundlich“ zu handeln und spekulativ durch kommunale Planungen bedingte Wertsteigerungen für sich zu beanspruchen? |
| 18. Abgeordneter
Michael von Schmude
(CDU/CSU) | Treffen Meldungen zu, wonach von den Sowjets in den neuen Bundesländern geräumte Kasernenanlagen demontiert und ausgeschlachtet übergeben und nicht mehr benötigte Materialien in der freien Natur entsorgt wurden? |

- | | |
|---|---|
| 19. Abgeordneter
Michael
von Schmude
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Stellen zu verbessern, um eine geordnete Rückführung von Gebäuden und Übungsgeländen zu erreichen? |
| 20. Abgeordnete
Susanne
Kastner
(SPD) | Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnisse von den in einem Bericht des Pentagon aufgeführten Umweltschädigungen auf Standorten der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, und was wurde zum Schutz der Bevölkerung und zum Schutz von Natur und Umwelt in jedem Fall von der Bundesregierung unternommen? |
| 21. Abgeordnete
Susanne
Kastner
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die jetzt von „Monitor“ bekanntgemachten Schädigungen des Bodens und des Grundwassers auf Standorten der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um die bisher der Öffentlichkeit gegenüber verheimlichten Boden- und Grundwasserverseuchungen auf ca. 350 Standorten zu sanieren? |
| 22. Abgeordneter
Ferdi
Tillmann
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen hat nach den Erfahrungen der Bundesregierung das seit Januar 1990 rechtswirksame „Vereinsförderungsgesetz“ für die rund 250 000 Vereine in Deutschland und insbesondere für die mehr als 70 000 Sportvereine? |
| 23. Abgeordneter
Ferdi
Tillmann
(CDU/CSU) | Sind nach Auffassung der Bundesregierung die Verantwortlichen in den neuen Bundesländern ausreichend über die Anwendung und die Vorteile des „Vereinsförderungsgesetzes“ bei der Gründung und Führung von Vereinen und insbesondere von Sportvereinen informiert, oder hält die Bundesregierung zusätzliche Informationsmaßnahmen für erforderlich? |
| 24. Abgeordneter
Simon
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, auf die Feststellung von Einheitswerten zu verzichten, und was gedenkt sie zu tun, um negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft, vor allem bei der Erbfolge und der Hofübergabe, zu vermeiden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 25. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtsstellung der geistig behinderten Menschen in den Werkstätten für Behinderte, und was wird sie unternehmen, um ihnen einen gesicherten rechtlichen bzw. arbeitsrechtlichen Status zu verschaffen? |
|---|--|

- | | |
|--|--|
| 26. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Frage der Entgelte in den Werkstätten für Behinderte, und was wird sie unternehmen, um sicherzustellen, daß die Entgelte erheblich verbessert werden? |
| 27. Abgeordneter
Adolf
Ostertag
(SPD) | In welcher Form plant die Bundesregierung Änderungen bei der Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenhilfe, insbesondere im Hinblick auf die Freibeträge der Angehörigen des Arbeitslosenhilfeempfängers und im Hinblick auf das Schonvermögen des Hilfeempfängers selbst? |
| 28. Abgeordneter
Adolf
Ostertag
(SPD) | Ist geplant, daß alle Personen, die mit einem Arbeitslosenhilfeempfänger zusammenwohnen, für ihn quasi unterhaltspflichtig werden, und welche konkreten Auswirkungen hätte dies zum Beispiel für Wohngemeinschaften (Seniorenwohngemeinschaften; Enkel mit Großeltern; Betreuer mit Behinderten)? |
| 29. Abgeordneter
Ottmar
Schreiner
(SPD) | Worauf führt die Bundesregierung die regional außerordentlich differierenden Mittelzuteilungen für ABM 1991 auf die Landesarbeitsämter im westlichen Bundesgebiet zurück, und was wird sie unternehmen, um 1991 eine vollständige Mittelverwendung zumindest in den strukturschwachen Gebieten zu erreichen? |
| 30. Abgeordneter
Ottmar
Schreiner
(SPD) | Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, um der schrumpfenden Beteiligung von besonders betroffenen Regionen und Personenkreisen an ABM wirksam entgegenzuwirken? |
| 31. Abgeordneter
Otto
Schily
(SPD) | Sieht die Bundesregierung Veranlassung, ihre in der Fragestunde vom 14. Mai 1991 erteilten Auskünfte auf die Frage, mit wie vielen Arbeitslosen in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen in den Jahren 1991 und 1992 zu rechnen sei, in Hinblick auf die bevorstehenden Entlassungen in den Unternehmensbereichen der Treuhandanstalt zu korrigieren? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 32. Abgeordneter
Rolf
Schwanitz
(SPD) | Wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, bei denen seitens des ehemaligen Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung der DDR bezüglich Liegenschaften Pacht- oder Nutzungsverträge, insbesondere mit ehemaligen NVA-Offizieren, abgeschlossen worden sind, obwohl im Falle der weiteren nichtmilitärischen Nutzung nach damals geltendem DDR-Recht eine Aussonderung der Liegenschaften und die Übergabe an die Treuhandanstalt hätte erfolgen müssen? |
|--|--|

33. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung die weitere Entwicklung der Universitäten der Bundeswehr unter den Bedingungen der neuen Struktur der Bundeswehr vor?
34. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Sind Planung, Einrichtung und Anlage einer Schießbahn 7 auf dem Truppenübungsplatz Munster-Nord im Lichte der beginnenden Abrüstung noch sinnvoll, und wenn ja, wieweit wird die dort lebende Bevölkerung davon betroffen?
35. Abgeordneter
Dieter Schloten
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes bzw. der Bundeswehr anlässlich der Vorstandssitzung der CSU mit anschließender Pressekonferenz am Montag, dem 3. Juni 1991, in Kreuth eingesetzt wurden, wie dieses durch den Bericht des ZDF, 3. Juni 1991 um 19.00 Uhr, nahegelegt wird, und wenn ja, welche Personen auf welcher Reiseroute wurden transportiert?
36. Abgeordneter
Dieter Schloten
(SPD)
- Aus welchen Etatpositionen wurden die dafür anfallenden Kosten beglichen, und handelt es sich um gängige Praxis, daß anlässlich von Parteiveranstaltungen solche Reisemöglichkeiten für Angehörige der Bundesregierung und Journalisten zur Verfügung gestellt werden?
37. Abgeordnete
Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
(FDP)
- Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß im Rahmen des Gesamtkonzepts für den Abbau von Bundeswehrstandorten im ausreichenden Maße auch städtebauliche, raumordnungspolitische und wohnungspolitische Gesichtspunkte Berücksichtigung finden sowie die freiwerdenden Grundstücke und Liegenschaften möglichst schnell den Kommunen, beispielsweise für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus, zur Verfügung gestellt werden, und wie sehen die Planungen für Hessen und insbesondere für Ballungsräume wie Frankfurt und Wiesbaden aus?
38. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- In welchem Umfang und an welchen Orten wird die Bundesluftwaffe Tiefflugübungen in den neuen Bundesländern aufnehmen?
39. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie lautet die militärische Begründung für Tiefflugübungen der Bundesluftwaffe über den neuen Bundesländern, bzw. welchen erzieherischen Auftrag verfolgt der Bundesminister der Verteidigung mit diesen Tiefflugübungen?
40. Abgeordneter
Horst Jungmann (Wittmoldt)
(SPD)
- Wann sollen nach den Planungen der NATO nukleare Abstandswaffen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden, bzw. wann soll über eine mögliche Stationierung solcher nuklearen Abstandswaffen in der Bundesrepublik Deutschland entschieden werden?

41. Abgeordneter
Horst Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Wieweit ist innerhalb der NATO der Planungsprozeß bezüglich der Stationierung nuklearer Abstandswaffen fortgeschritten?
42. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für erforderlich, daß die NATO über nukleare Abstandswaffen verfügt?
43. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für erforderlich, nukleare Abstandswaffen in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren?
44. Abgeordneter
Karsten D. Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Wie viele Atomsprengköpfe der nuklearen Artillerie, nuklearer Kurzstreckenraketen bzw. luftgestützter Systeme lagern zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland?
45. Abgeordneter
Karsten D. Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Welche Systeme, die für einen Einsatz als nukleare Abstandswaffen in Europa im Rahmen der NATO geeignet sind, werden z. Z. in den USA entwickelt, und wieweit ist diese Entwicklung fortgeschritten?
46. Abgeordneter
Dr. Hermann Scheer
(SPD)
- Bedarf die auf der jüngsten Tagung der NATO-Verteidigungsminister beschlossene „Rapid Reaction Force“ einer nuklearen Abdeckung, und wenn ja, mit welchen Mitteln soll diese gewährleistet werden?
47. Abgeordneter
Walter Kolbow
(SPD)
- Existieren Planungen der NATO oder der USA, den Nuklearwaffenbestand in der Bundesrepublik Deutschland unabhängig von amerikanisch-sowjetischen SNF-Verhandlungen zu verändern?
48. Abgeordneter
Walter Kolbow
(SPD)
- Sollen die landgestützten Nuklearwaffenbestände in der Bundesrepublik Deutschland auch unabhängig von amerikanisch-sowjetischen SNF-Verhandlungen verringert oder beseitigt werden?
49. Abgeordneter
Siegmar Mosdorf
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die extremen Tiefflüge, auf die die Bundesluftwaffe im letzten Jahr verzichtet hat, jetzt durch die Hintertür wieder eingeführt werden, indem diese Tiefflüge nicht mehr mit Phantoms oder Tornados, sondern mit den kleinen Alpha-Jets der Luftwaffe durchgeführt werden, wie es im VFR-Bulletin vom 19. April 1991 angekündigt wird?

50. Abgeordneter
Harald B. Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Was weiß die Bundesregierung seit wann über die Boden- und Grundwasserverseuchung im Bereich der Bitburger Air Base, und welche Maßnahmen wurden in Zusammenarbeit mit unserem Bündnispartner USA durchgeführt bzw. geplant, um die Bevölkerung in der Umgebung von gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden durch die in der Presse bekanntgewordenen Umweltverseuchungen zu schützen und zu entschädigen?
51. Abgeordneter
Harald B. Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Welche Kosten würden bei der Sanierung der Umweltschäden im Bereich des Bitburger US-Standes und des Schadenausgleichs bei betroffenen Bürgern anfallen, und wer kommt nach Meinung der Bundesregierung für die Finanzierung dieser Sanierungskosten auf?
52. Abgeordnete
Jutta Müller
(Völklingen)
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß angesichts des Gefahrenpotentials für Umwelt und Gesundheit schnellstmöglich alle Boden- und Grundwasserbelastungen im Bereich der militärischen Anlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland festgestellt und der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden, und mit welchem Maßnahmen- und Finanzierungskonzept will die Bundesregierung die kurzfristige Gefahrenabwehr und die notwendige Sanierung, insbesondere auf den Standorten der Sowjetarmee und der US-Armee, sicherstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

53. Abgeordnete
Uta Würfel
(FDP)
- Wie plant die Bundesregierung, die unverzichtbaren Daten des Krebsregisters der ehemaligen DDR zu verwenden?
54. Abgeordnete
Uta Würfel
(FDP)
- Falls an eine Anonymisierung der Daten gedacht ist, wer nimmt diese Anonymisierung vor?
55. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Kommt die Bundesregierung im Hinblick auf die Mängel im Gesundheitswesen in der alten Bundesrepublik Deutschland zum gleichen Schluß wie der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, beispielsweise zur mangelhaften Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung, der fehlsteuernden Anreize der Einzelleistungsvergütung im ambulanten ärztlichen Bereich, der mangelhaften Zusammenarbeit zwischen Krankenhaus und Einrichtungen, die vor und nach dem Krankenhausaufenthalt gefordert sind, und was hat sie unternommen, um diese Mängel in den neuen Bundesländern von vornherein zu vermeiden?

56. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um nach Auslaufen der 12,8 v. H.-Beitragsregelung der gesetzlichen Krankenversicherungen zum Jahresende in den neuen Bundesländern sicherzustellen, daß kein ungerechtfertigtes Auseinanderdriften der Beitragssätze zwischen den Kassenarten mit den damit verbundenen Ungerechtigkeiten für die Versicherten entsteht und die Wettbewerbschancen zwischen den Kassen gesichert werden?
57. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in dem umfassenden medizinischen Betreuungskonzept der Polikliniken in der ehemaligen DDR — das in sich die gesamte Palette fachärztlicher Betreuung mit moderner Gerätetechnik in Kombination mit therapeutischen, fürsorglichen und sozialen Dienstleistungen für akut und chronisch kranke Patienten vereinigen sollte — eine unterstützungswürdige effektive Alternative zum Arzt in freier Niederlassung bei uneingeschränkten Entfaltungsmöglichkeiten unter eigenwirtschaftlicher Betriebsführung?
58. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung in bezug auf die Polikliniken der ehemaligen DDR, die in 40 Jahren historisch gewachsen sind, die Bestandteil der praktischen Aus- und Weiterbildung der Ärzte waren und die von den Kranken akzeptiert und angenommen wurden gegenüber den Ärzten und gegenüber den Bürgern der ehemaligen DDR, um die Infragestellung und Auflösung eines bewährten Versorgungssystems emotional und sachlich zu erklären und zu rechtfertigen?
59. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)
- Erfolgt durch die im Einigungsvertrag für niedergelassene Ärzte in den neuen Ländern festgelegte Einzelleistungsvergütung — bzw. durch die für die Polikliniken festgelegte Pauschalhonorierung (Fixum pro Kopf und Quartal) — eine abrechnungstechnische Benachteiligung der Polikliniken insofern, als niedergelassene Ärzte sowohl die Zahl der erbrachten Leistungen wie auch der Überweisungen an andere Kassenärzte selbst mitbestimmen können, und drückt sich dies bereits in der Entwicklung der Leistungsmengen und -strukturen aus?
60. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung den Einigungsvertrag zu erfüllen, damit Polikliniken und Ambulatorien im Falle fehlender Chancengleichheit der Polikliniken gegenüber den niedergelassenen Ärzten weiterhin zur Sicherung der kassenärztlichen Versorgung beitragen können?

- | | |
|--|---|
| 61. Abgeordnete
Regina
Schmidt-Zadel
(SPD) | Wie haben sich seit dem 3. Oktober 1990 die Beschäftigungszahlen in poliklinischen Einrichtungen, sowohl bei Ärzten/Ärztinnen als auch dem Medizinalfachpersonal bzw. dem Beratungspersonal verändert? |
| 62. Abgeordnete
Regina
Schmidt-Zadel
(SPD) | Welche Möglichkeiten der Alternativbeschäftigung/Umbesetzung, etwa in Kassenpraxen, wurden bisher in welchen Bereichen verwirklicht? |
| 63. Abgeordneter
Horst
Schmidbauer
(Nürnberg)
(SPD) | Wie gedenkt die Bundesregierung die Länder, Städte und Landkreise bei der Umstrukturierung von leistungsfähigen Polikliniken und Ambulatorien zu modernen, wirtschaftlich arbeitenden und ganzheitlich ausgerichteten Gesundheitszentren bei der Lösung der erforderlichen Aufgaben vor allem im organisatorisch-verwaltungstechnischen Bereich, im rechtlichen Bereich und bei Fragen der Wirtschaftlichkeit und Finanzierung zu unterstützen? |
| 64. Abgeordneter
Horst
Schmidbauer
(Nürnberg)
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, die Chance, die sich durch Gesundheitszentren (wie z. B. das Brandenburger Modell) mit einer ganzheitlichen, fachübergreifenden Patientenbetreuung zur Verbesserung der ambulanten Versorgung eröffnet, zu nutzen und durch ein Modellprogramm der Bundesregierung mit wissenschaftlicher Begleituntersuchung zu unterstützen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|---|---|
| 65. Abgeordneter
Joachim
Tappe
(SPD) | Inwieweit hält die Bundesregierung an ihren Überlegungen fest, den verkehrlichen Lückenschluß zwischen Kassel und Eisenach über den Weiterbau der A 44 vorzunehmen, und mit welchen Zeiträumen der Realisierung rechnet die Bundesregierung? |
| 66. Abgeordneter
Joachim
Tappe
(SPD) | Welche Chancen der Realisierung räumt die Bundesregierung dem Bau von weiträumigen Ortsumgehungen und zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen im Verlauf der B 7 ein, wenn Verlautbarungen des Bundesministers für Verkehr darauf schließen lassen, daß bereits alternativ dazu konkrete Planungen für eine A 44 vorhanden sind? |
| 67. Abgeordnete
Ingrid
Walz
(FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung die rechtlichen Möglichkeiten einer Nahverkehrsabgabe? |

68. Abgeordnete
Ingrid Walz
(FDP)
Hält die Bundesregierung eine solche Nahverkehrsabgabe für sinnvoll, und aus welchen Gründen?
69. Abgeordnete
Verena Wohlleben
(SPD)
Was veranlaßt die Bundesregierung, ihre frühere, dem Zweckverband Verkehrsverbund Großraum Nürnberg gegenüber geäußerte Rechtsauffassung nun mit Schreiben vom 28. März 1991 ins Gegenteil zu kehren, und für den Fall, daß dieser nunmehr völlig neuen Interpretationen widersprochen wird, sogar die Kündigung des Verkehrsverbundes zum 31. Dezember 1993 angedroht wird?
70. Abgeordnete
Verena Wohlleben
(SPD)
Warum nimmt die Bundesregierung der Gebietskörperschaft Zweckverband Verkehrsverbund Großraum Nürnberg, die einen Großteil der finanziellen Lasten des öffentlichen Personennahverkehrs trägt, das Mitspracherecht für das Betriebsleistungsangebot nach bestehender Vertragslage für den Nahverkehr, und warum werden die demokratischen Grundsätze nicht eingehalten?
71. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
(CDU/CSU)
Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung, etwa durch Initiativen oder Aufklärungsaktionen in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in der EG, aus Resultaten einer Untersuchung eines schwedischen Automobilherstellers, wonach Verletzungen aller Art durch rückwärtsgerichtete Kindersitze bei 1 500 untersuchten Unfällen mit mindestens einem Kind im Auto um 76 % reduziert wurden, schwere Verletzungen sogar um 90 %?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

72. Abgeordneter
Herbert Helmrich
(CDU/CSU)
Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost TELEKOM beabsichtigt, alle ca. 125 000 in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland vorhandenen öffentlichen Telefonzellen sowie alle von der TELEKOM benutzten ca. 60 000 Kraftfahrzeuge vom traditionellen Gelb in eine andere Farbe umzulackieren, und wie wäre eine solche Maßnahme angesichts der explodierenden Kosten für den Aufbau eines modernen Telekommunikationsnetzes in den neuen Bundesländern zu rechtfertigen?

73. Abgeordneter
**Herbert
Helmrich**
(CDU/CSU)
- Welche Kosten würden durch die Durchführung einer solchen Maßnahme entstehen, und wie gedenkt die Deutsche Bundespost TELEKOM für den Fall der Umsetzung eines solchen Vorhabens diese Ausgaben zu finanzieren?
74. Abgeordneter
**Peter
Paterna**
(SPD)
- Welche Aufträge für Beratungsleistungen, getrennt nach Marketing und Unternehmensberatung, sind seit Inkrafttreten des Poststrukturgesetzes am 1. Juli 1989 von den Unternehmen TELEKOM, POSTDIENST und POSTBANK an Unternehmensberater und Unternehmensberatungsfirmen vergeben worden?
75. Abgeordneter
**Peter
Paterna**
(SPD)
- Mit welcher Aufgabenstellung und welchen jährlichen Auftragsvolumina wurden diese Aufträge vergeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

76. Abgeordneter
**Karl
Stockhausen**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Zusammenarbeit mit den Bundesländern durch gesetzliche Änderungen die unvertretbar langen Zeiten im Bau-Planungsbereich im staatlichen und privaten Sektor (bis zu zehn Jahren) auf vertretbare Zeiträume zurückzuführen, um die Investitionstätigkeit nicht über Gebühr zu behindern, und wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Vollendung des Gemeinsamen Europäischen Marktes ab dem 1. Januar 1993 auf die planerischen Vorgaben in der Bundesrepublik Deutschland?
77. Abgeordnete
**Maria
Eichorn**
(CDU/CSU)
- Wann ist damit zu rechnen, daß die Bundesländer gesetzlich verpflichtet werden, die Fehlbelegungsabgabe nach eigenen Ausführungsbestimmungen zu erheben?
78. Abgeordnete
**Maria
Eichorn**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Angaben bestätigen, denen zufolge in Berlin 180 000 Sozialwohnungen zweckentfremdet benutzt werden, und liegen ihr vergleichbare Angaben für andere Bundesländer vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit**

79. Abgeordneter
**Bernd
Reuter**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Rohstoffmarkt für wiederverwertbare Stoffe (Papier, Glas, Dosenschrott) darniederliegt?
80. Abgeordneter
**Bernd
Reuter**
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß die getrennt eingesammelten Stoffe (Glas, Papier, Metall) einer sinnvollen Wiederverwertung zugeführt werden können?
81. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Liegen dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gesicherte Kenntnisse über steigende Leukämieerkrankungen bei Kindern im Bereich des Kernkraftwerks Geesthacht/Krömmel vor, und wenn ja, konnte die Ursache festgestellt und Abhilfe geschaffen werden?
82. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Gibt es Untersuchungen darüber, daß der Vogelzug (z. B. Störche) durch die Rauchschwaden der brennenden Ölquellen am Golf beeinflußt wird?
83. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- In welcher Weise denkt die Bundesregierung dazu beizutragen, daß die in dem Memorandum zum fünfjährigen Bestehen des Nationalparks „Niedersächsisches Wattenmeer“ enthaltenen Empfehlungen erfüllt werden?
84. Abgeordnete
**Jutta
Braband**
(PDS/Linke Liste)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) mit Sitz in Hannover, die im Bereich der Konditionierung und Entsorgung von atomaren Abfällen mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung für alle Atomkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland tätig ist und die in Duisburg inmitten eines dichtbesiedelten Wohngebietes eine Atomschrottkonditionierungsanlage nach Strahlenschutzverordnung betreibt, vom Regierungspräsidenten Düsseldorf am 30. Juni 1990 eine fehlerhafte Erweiterung ihrer Genehmigung mit wesentlich über den für solche Anlagen zulässigen Genehmigungswerten erteilt worden ist, und wie hoch liegen die Genehmigungswerte über den zulässigen Werten?

85. Abgeordnete
**Jutta
Braband**
(PDS/Linke Liste)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in der Konditionierungsanlage für atomare Abfälle, die von der GNS in Duisburg betrieben wird, Fässer aus der Wiederaufarbeitungsanlage Mol mit Abfällen unbekannten Inhalts und unbekannter Radioaktivitätskonzentration geöffnet, untersucht und neu verpackt werden sollen, und welche Mengen in Tonnen an radioaktiven Abfällen aus Mol, Gorleben und anderen Lagern sollen zu welchem Termin auf dem Gelände der GNS in Duisburg eintreffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

86. Abgeordneter
**Konrad
Weiß
(Berlin)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung in der Weltbank für einen Stopp der Finanzierung des Saradar-Sarovar-Projects (Narmada Tal) eintreten, wenn die indische Regierung nicht zum 30. Juni 1991, entsprechend ihren Verpflichtungen aus dem Kreditabkommen mit der Weltbank, endlich Pläne zu Umwelt- und Umsiedlungsmaßnahmen vorlegt, oder ist sie der Ansicht, daß das Weltbankdirektorium in diesem Fall weiter die Verletzung von Weltbankrichtlinien dulden soll?

87. Abgeordneter
**Konrad
Weiß
(Berlin)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf Grund welcher überprüften Informationen zum technischen Fertigungsgrad und den bisher verausgabten Projektmitteln (auch als Prozentsatz der Gesamtsumme) geht der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Peter Repnik davon aus, daß das Projekt für eine Aufgabe viel zu weit fortgeschritten sei (Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft Solidarische Welt e. V. über ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Hans-Peter Repnik), während ein regionalkundiger Fachexperte von einem Fertigungsgrad von 8 bis 10 % ausgeht?

88. Abgeordnete
**Dr. Liesel
Hartenstein**
(SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die jüngsten Überprüfungen der Wirtschaftlichkeit des Sardar-Sarovar-Projekts durch die Weltbank (vgl. Drucksache 12/596) eine fundierte und unzweifelhaft positive Aussage über die Wirtschaftlichkeit (mindestens 12 % Gewinn auf das eingesetzte Kapital) ergeben, oder ist nach Ansicht der Bundesregierung eine neue, umfassende Überprüfung des Projekts geboten unter Einbeziehung des aktuellen Sachstands, wie z. B. der Nichtrealisierung des zweiten Großstaudamms, der die Kapazitätsauslastung sicherstellen sollte, oder der Stornierung des bilateralen japanischen Kredits und der insgesamt umstrittenen Gesamtkosten des Projekts?

89. Abgeordnete
**Dr. Liesel
Hartenstein**
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung ihre Aussage (Drucksache 12/596), der Sardar-Sarovar-Staudamm solle in erster Linie der Trinkwasserversorgung für 30 Millionen Menschen dienen, in Anbetracht der Tatsache, daß nach der Projektplanung lediglich 10% des Stauwassers für Trinkwasserzwecke vorgesehen sind und davon wieder ein Teil für industrielle Zwecke abgezweigt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

90. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Wie steht die Bundesregierung zum Aufruf namhafter französischer Politiker in der LE MONDE vom 6. April 1991 „L'Europe doit rebondir!“, mit dem u. a. eine Verallgemeinerung des Mehrheitsstimmrechts im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften, eine gemeinsame Außenpolitik und die Demokratisierung der EG-Institutionen verlangt wird?

91. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Sieht die Bundesregierung Anlaß zu der Auffassung, Stellung zu nehmen, daß über die Frage des deutschen Eigentums in den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten im Rahmen des sogenannten Freundschaftsvertrages mit Polen eine Regelung mit dem Ziel getroffen werden müßte, eine Rückgabe des deutschen Privateigentums zumindest aber eine Entschädigung in einem angemessenen Zeitraum zu erreichen und daß zumindest eine Rechtswahrungsklausel notwendig sei (vgl. IFLA Fachzeitschrift für die Lastenausgleichsverwaltung, für die Vertriebenenverwaltung und die Behörden zur Regelung offener Vermögensfragen Heft 1/91 S. 4 und 5)?

92. Abgeordneter
**Horst
Sielaß**
(SPD)

Hat die „Kulturhilfe für Deutsche in Ost- und Südosteuropa“ für ihre Arbeit Mittel aus dem Bundeshaushalt erhalten, und wenn ja, wie hoch waren diese Mittel?

93. Abgeordnete
**Katrin
Fuchs
(Verl)**
(SPD)

Wie ist der Stand der bündnisinternen Beratungen über amerikanisch-sowjetische SNF (Short Nuclear Forces)-Verhandlungen hinsichtlich ihrer Gegenstände, Zielstellungen und des Geltungsbereiches des angestrebten Abkommens?

- | | |
|--|---|
| 94. Abgeordnete
Katrin Fuchs (Verl)
(SPD) | Hält es die Bundesregierung für erforderlich, bei den amerikanisch-sowjetischen SNF-Verhandlungen nicht nur über die Beseitigung der landgestützten SNF-Systeme, sondern auch über die luftgestützten SNF-Systeme zu verhandeln, und wenn ja, mit welchem Ziel? |
| 95. Abgeordneter
Manfred Opel
(SPD) | Welche eigenen Zeitvorstellungen vertritt die Bundesregierung in den Gremien des Bündnisses bezüglich des Beginns amerikanisch-sowjetischer SNF (Short Nuclear Forces)-Verhandlungen? |
| 96. Abgeordneter
Dr. Hermann Scheer
(SPD) | Für welchen Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung den Beginn von amerikanisch-sowjetischen SNF (Short Nuclear Forces)-Verhandlungen? |

Bonn, den 7. Juni 1991

